

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Europäisches Jahr der Jugend 2022 zur Chance für junge Menschen in Schleswig-Holstein und im gesamten Ostseeraum machen

Dazu sagt der europapolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Bernd Voß:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 385.21 / 16.12.2021

Die Krise kann nur mit der Jugend überwunden werden

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist richtig, dass die EU-Kommission das Jahr 2022 zum Jahr der Jugend erklärt. Besonders Kinder und Jugendliche haben mit ihren Interessen und Bedürfnissen in der Corona-Pandemie immer wieder zurückstecken müssen. Von ihnen ist eine hohe Solidarität gegenüber älteren Generationen eingefordert worden. Auch in der Klimakrise werden sie es sein, die mit den Folgen umgehen müssen.

Die Definition, liebe Kolleg*innen, wie lange man als Jugendliche*r gilt, ist in Europa durchaus unterschiedlich, während die Volljährigkeit und damit die Geschäfts- und Handlungsfähigkeit mit 18 Jahren eigentlich überall gegeben ist. Als jugendlich gilt zum Beispiel:

- in Estland wer zwischen 7 – 26 Jahre alt ist.
- in Finnland sind alle unter 21 „junge Personen“ und Personen unter 29 sind Jugendliche.
- in Frankreich unterscheidet man rechtlich unterschiedlich nach Alter und Urteilsfähigkeit von Minderjährigen bis 18 Jahre – als jugendliche Person gelten alle bis 21 oder auch 25 Jahre.
- Ein junger Mensch wird gemäß dem Gesetz über den jugendpolitischen Rahmen der Republik Litauen als eine Person zwischen 14 und 29 Jahren (einschließlich) definiert.

Allen Definitionen gemein ist, dass es sich hier im langläufigen Sinne um junge Menschen handelt. Rund 75 Millionen Europäer*innen – 1/3 der Bevölkerung Europas – sind zwischen 15 und 25 Jahre alt.

Und junge Menschen werden endlich, und das nicht nur auf EU-Ebene, als das wahr genommen, was sie sind: die Zukunft. Als die Generation, die die Auswirkungen unseres Handelns stemmen muss. Junge Menschen wollen mitreden, wollen mitentscheiden, weil ihnen glasklar ist, was wir ihnen hinterlassen werden. Die Fridays for Future-Bewegung leistet dazu einen starken Beitrag.

Aber schon die letzte Generation ist ohne europäische Grenzen groß geworden und die Haltung zu Europa hängt ganz wesentlich davon ab, Europa bewusst zu erfahren. Mehr Wissen führt zu Offenheit und Weitblick. Dieser Blick über den Tellerrand hinaus wurde für unzählige junge Menschen erst durch die Erasmus-Programme möglich. Einmal in eine völlig andere Lebensrealität eintauchen, unkompliziert und unbürokratisch.

Ein weiterer Grund warum es gut ist, dass das nächste Jahr das Jahr der Jugend ist, liegt in der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Nach ihrem Höchststand von 24,4 Prozent im Jahr 2013 lag sie vor der Pandemie bereits bei „nur“ 14,9 Prozent. Im August 2019 betrug sie dann bereits wieder 17,6 Prozent, 2021 waren es 18,2 Prozent. In der jüngsten Zeit gibt es wieder Anzeichen für eine Verbesserung.

Die Kommission hat reagiert: eine Stärkung der Jugendgarantie, allen Personen unter 30 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit oder nach Verlassen der formalen Bildung eine hochwertige Beschäftigung, eine weiterführende Ausbildung, eine Lehrstelle oder ein Praktikum anbieten zu können. Maßgeschneiderte, individuelle Hilfe und geeignete Beratung, bei Bedarf Crash-Kurse oder Bootcamps für junge Menschen sollen helfen, weitere Kompetenzen zu erwerben.

Finanziell abgesichert wird das auch durch Teile von „NextGenerationEU“ – Dieser 750 Milliarden Euro Wiederaufbaufond muss auch durch die Schwerpunkte Klimaschutz und Digitalisierung für wirkliche Zukunftsinvestitionen und nicht für ein „weiter so“ verwendet werden. Next Generation darf nicht bedeuten: Die „Next Generation“ bezahlt diese Schulden.

Die EU hilft bei der Ausarbeitung von Strategien und unterstützt Maßnahmen des Voneinander-Lernens, damit die Länder vorhandene Infrastrukturen stärken und Maßnahmen für die verstärkte Jugendgarantie ausbauen können und überwacht die Fortschritte in den Mitgliedstaaten.

Für 2021-2027 wurde die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in den Europäische Sozialfonds Plus integriert. Mitgliedstaaten, in denen die EU-Durchschnittsquote junger Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und die auch keine Berufsausbildung haben erhöht ist, sollen mindestens 12,5 Prozent ihrer EFS+ Gelder für die Jugend verwenden.

Liebe Kolleg*innen, in Deutschland zählen die Quoten zu den niedrigsten, das ist gut. Dennoch sind auch wir betroffen, wenn wir die jungen Menschen nicht wahrnehmen und in Frustration und Perspektivlosigkeit allein lassen. So etwas dürfen wir uns nicht erlauben. Wir brauchen den Tatendrang so vieler junger Menschen:

Wir haben zum Beispiel Probleme durch den Fachkräftemangel und Pflegenotstand und gleichzeitig finden junge Menschen in der EU keine Arbeit. Aber neben schlichtem wirtschaftlichem Interesse dürfen wir eine andere Gefahr nicht aus dem Blick verlieren: Menschen, junge Menschen, die sich abgehängt, überflüssig und vergessen fühlen sind häufig auch anfällig für Demokratieverdrossenheit und dumpfen Populismus. Das beste Mittel dagegen ist Bildung, Weltoffenheit und nicht zuletzt auch gute gemeinsame Erfahrungen machen, beispielsweise in Europa und anderen Teilen der Welt.
